

NEWSLETTER
“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”
Vertreter von OSEC und SEC
Mitglied der Dachorganisation SwissCham
Herausgabe alle 2 Wochen seit 1998
www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee
Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland
Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77
18 Seiten Datum: 30. 10. 09

Der Schweizer Konrad Deutsch in Estland verstorben



† Am vorigen Samstag verstarb unerwartet plötzlich der 73 jährige Konrad Deutsch in seinem Auto, welches er gerade im Begriff war, in die Garage zu fahren. Konrad Deutsch, ein ehemaliger Lehrer und später auch Instruktionsoffizier der Schweizer Armee, im Rang eines Obersten, zog mit 60 Jahren als Pensionär nach Estland, von wo aus er zeitweilig in die Schweiz reiste, um an privaten Wirtschaftsfachschulen zu unterrichten. Als tüchtiger Schaffer, der er immer war, erwarb er sich und seiner neuen russischen Frau ein Anwesen ausserhalb Tallinns, an welchem er, handwerklich äusserst geschickt, zahlreiche Verschönerungen in Haus und Garten anbrachte. Er galt auch als Kenner zahlreicher Kriegsschauplätze vor allem aus dem 2. Weltkrieg und bereiste sie mit ehemaligen Offizierskollegen der Schweizer Armee. Er kannte die Strategien, operativen Pläne und Abläufe quasi als Militärgeschichtler und gab auch ein entsprechendes Kompendium heraus. Konrad Deutsch begleitete auch einmal gemeinsam mit der SBCC das Berner Oberland, um dem heutigen Tallinner Bürgermeister, anlässlich einer Reise mit der Jungfraubahn die Gegend zu zeigen. Die Schweizer Kolonie (Schweizer Verein Baltikum in Estland) nahm mit einigen Vertretern, darunter auch dem scheidenden Schweizer Honorarkonsul Matti Klaar, an dessen evangelischer Abdankungsfeier und Bestattung in russischer und deutscher Sprache teil und legte einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen im Tallinner Zentralfriedhof nieder. Neben all seinen didaktischen Fähigkeiten hatte Koni Deutsch auch eine ausgesprochen musikalische Begabung, spielte Querflöte und sang oft und gerne in Begleitung seiner Gitarre. Konrad Deutsch bleibt den Schweizern vor Ort als humorvoller Zeitgenosse in bester Erinnerung. Er hinterlässt in der Schweiz drei erwachsene Töchter und Angehörige. Die Familie in der Schweiz hat am Sonntag, den 8. November, im engen Familien- und Freundeskreis eine kleine Trauerfeier organisiert.

Die Dachorganisation SWISSCHAM teilt mit:

Morgen Samstag erscheint in der Weltwoche eine Beilage der Dachorganisation SWISSCHAM, welche bereits unter www.swisscham.ch eingesehen werden kann. Jede Kammer wird entsprechend Ihrer Mitgliederzahl die Beilage Swiss Trade 2009 erhalten. Wir werden diese Sonderausgabe unseren interessierten Mitgliedern zuzustellen und vor Ort auflegen. Ausserdem gibt Swissinfo einen Flyer heraus, den wir ebenfalls an unsere Mitglieder verteilen werden. Dazu schreibt der Präsident von SwissCham: „Wir danken Euch für Eure zusätzliche Unterstützung. Freundliche Grüsse“ *SwissCham* **Peter Silberschmidt**

Estland

Der überwältigende Sieg von Savisaars Zentrumspartei bei den Kommunalwahlen vom 18. Oktober hat die Erwartungen mit 53,5% in der estnischen Hauptstadt bei weitem übertroffen



Bei den Kommunalwahlen vom 18. Oktober ist der Zentrumspartei Edgars Savisaars wie erwartet ein überwältigender Sieg gelungen. Von den 79 Sitzen im Stadtrat (Stadtparlament) von Tallinn, hat seine Partei 44 Sitze errungen, 14 Sitze gingen an die Reformpartei, Pro Patria und Res Publica Union (IRL) kamen auf 13 Sitze und die Sozialdemokraten auf 8 Sitze.

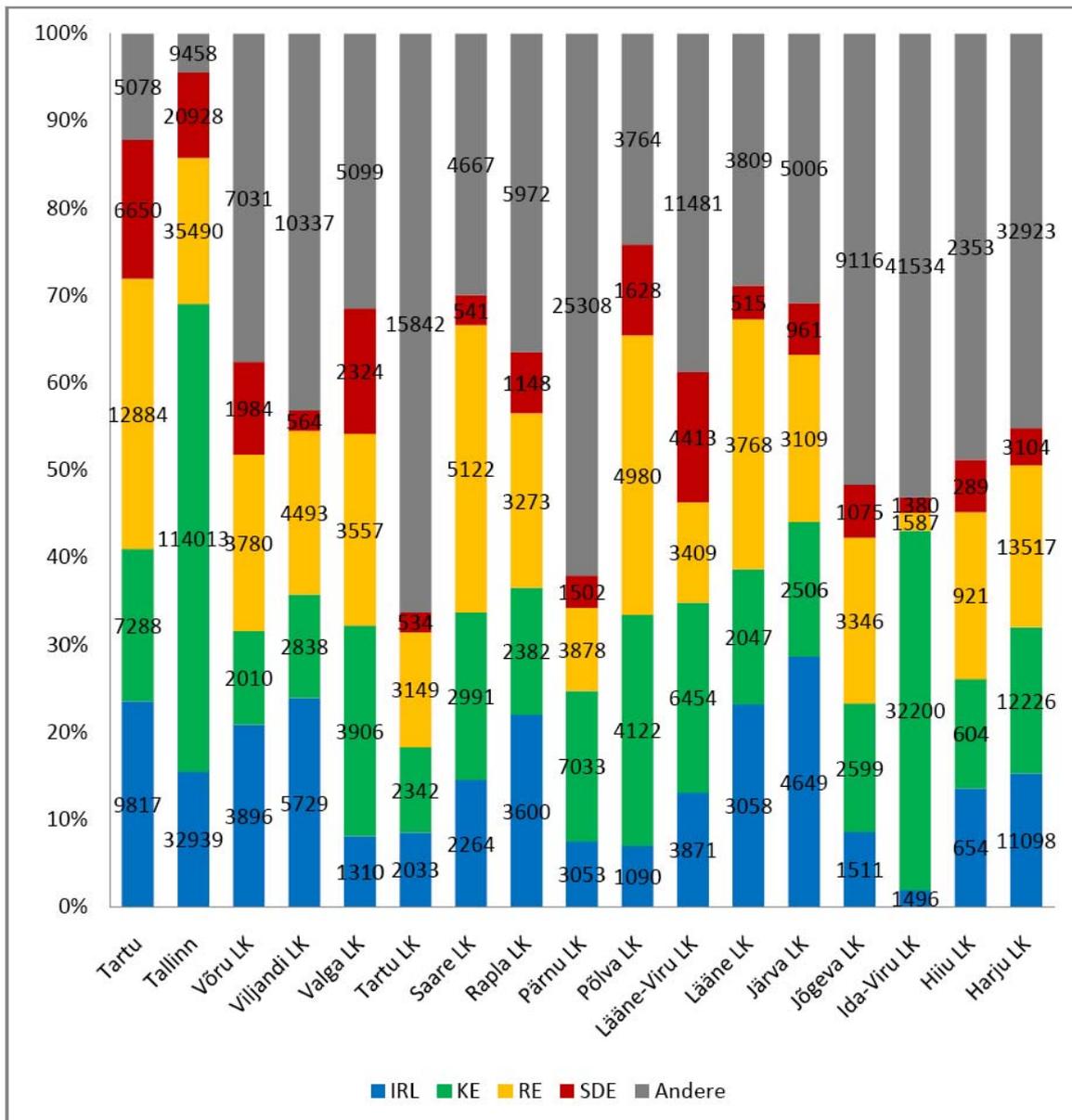
Ein gelungener Schachzug: Obwohl die Zentrumspartei eine sichere Mehrheit im Rat hat und eigentlich keinen Koalitionspartner braucht, um die Hauptstadt zu regieren, ist sie doch darauf bedacht, mit den Sozialdemokraten (SDE) eine Koalition zu vereinbaren, da sie mit der SDE auf nationaler Parlamentarebene in der Opposition ist. Der SDE würde diese Koalition ein besseres Profil geben für die nächsten Parlamentswahlen im Frühling 2011. Das ist offensichtlich die

Überlegung in der Zentrumspartei, die auch auf nationaler Ebene auf einen Machtwechsel hofft. Diesen Sieg verdankt Savisaar nicht zuletzt den russisch sprachigen Wahlberechtigten im Land, was besonders deutlich wird, wenn man sich das Ergebnis in Narva an der russischen Grenze ansieht, wo die Zentristen mit deutlich über 70% im Stadtrat von Narva Einzug halten. In Städten mit vorwiegend estnischer Bevölkerung, kamen dagegen meistens die Reformisten zum Zuge.

Die nachstehende Tabelle zeigt die unterschiedliche Gewinnverteilung bei den Kommunalwahlen vom vergangenen Wochenende: Senkrecht die Prozentzahlen, waagrecht unten die Landkreise bez. die grösseren Städte ohne die umgebenden Landkreise. Ein Landkreis entspricht einem Maakond, was in der Schweiz Kanton bedeutet. Die Zahlen in der Tabelle sind die Anzahl Wählerstimmen:

- Blau bedeutete Isamaa (Vaterlandspartei/Respublicai)
- Grün bedeutet Zentrumspartei (Keskeragond)
- Gelb bedeutet Reformpartei
- Rot bedeutet Sozialdemokraten
- Grau bedeutet Andere oder Splitterparteien

Grafik der Kommunalwahlen in Landkreisen (LK) und Städten



**Estlands öffentliches Defizit im Jahre 2010 bei 2,8 %
IWF fordert Einsparungen zugunsten Euro- Konvergenzkriterien**



Der internationale Währungsfond (IWF) und die estnische Zentralbank sind sich in ihren Schätzungen einig, dass das Defizit Estlands im Jahre 2010 um 3 % liegen werde. Andres Saarnit, Berater der estnischen Zentralbank hat der Presse gesagt, dass der IWF Estland für das Budget 2010 empfiehlt, eine Sicherheitsreserve anzulegen. Der Chef der IWF Delegation, Christoph Rosenberg, sagte an einer Pressekonferenz, dass Estland noch etwas mehr an seinem Budget für 2010 arbeiten müsse,

ansonsten die 3 % Defizitmarke, die für den Eurobeitritt nicht überschritten werden darf, in Gefahr sei. „Zusätzliche Massnahmen von etwa 1 % würden einen angemessenen Sicherheitsrahmen vorgeben, um das Defizit innerhalb von 3 % des BIP zu halten“, meinte Rosenberg. Die estnische Zentralbank schreibt in ihrer ökonomischen Vorschau schrieb, die vor einer Woche publiziert wurde, dass das Defizit für 2010 bei 2,8 % liegen werde. Bereits werden Leistungen in der estnischen Krankenversorgung zurückgefahren. Ebenso wird das so genannte Muttergeld in Frage gestellt, welches vor noch nicht all zu langer Zeit für die Geburtensteigerung bezahlt wurde und während der ersten anderthalb Jahre nach der Geburt eines Kindes bezahlt wurde. Das „Muttergeld“ wurde eingeführt, nachdem über Jahrzehnte die Geburtenzahlen im 45 000 Quadratkilometer grossen Land auf derzeit etwas über 1,3 Mio. Bewohner gesunken sind. Somit wohnen in ganz Estland gleich viel Bewohner wie im Kanton Zürich. Mit dem „Muttergeld“ haben die Geburtenzahlen in Estland inzwischen zugelegt. Wird dieses wieder gestrichen, um die Konvergenzkriterien für die Euro-Einführung zu erreichen, werden die Geburtenzahlen wieder sinken und eine Überfremdung durch Einwanderung könnte erneut die Folge sein.

Estlands Bedenken am Bau der Gaspipeline Nord Stream



64 der 101 estnischen Parlamentarier melden starke Bedenken was den Bau der Gaspipeline Nord Stream betrifft, da die Gasleitung die Umwelt der Ostsee gefährden könne.

Die Risiken von Nord Stream seien unterschätzt worden und die Entwickler der Pipeline hätten die Eigenschaften der Ostsee als einheitliches sensibles Ökosystems nicht genügend beachtet.

Deswegen sei es laut dem

estnischen Parlament auf Grund der internationalen Prinzipien des Öko-Rechtes nicht zu empfehlen, dem Projektbetreiber die notwendige Genehmigung zu erteilen.

Nord Stream wird aber nicht durch die estnischen Hoheitsgewässer verlegt und Estland kann deshalb den Bau der Pipeline kaum beeinflussen. Es kann den Staaten gegenüber, durch deren Gewässer die Gasleitung führen soll, lediglich seine Sicht dazu äussern.

Die estnischen Parlamentarier rufen ihre baltischen Kollegen dazu auf, alle Bewertungen zum Bau der Pipeline auf parlamentarischer und öffentlicher Ebene unter Kontrolle zu nehmen.

Laut einigen estnischen Wissenschaftlern wurde der Meeresgrund infolge menschlicher Tätigkeit bereits stark mit giftigen Abfällen verschmutzt und jeder neue Eingriff könnte Probleme für die Umwelt und die menschliche Gesundheit mit sich bringen, egal ob es sich um die Räumung von Altlasten an Munition oder um den Bau einer Gaspipeline handelt.

Tarmo Soomere von der Estnischen Akademie der Wissenschaften und führender Forscher des kybernetischen Instituts der Technischen Universität Tallinns sagte, dass vor 20 Jahren mit dem finnischen Fluss Kymijoki sehr gefährliche Giftstoffe, die bei der Holzverarbeitung entstehen, in die Ostsee gelangt seien. Nach Angaben des Wissenschaftlers ist der Meeresboden nur in seiner Oberschicht von etwa zehn Zentimetern ziemlich sauber, tiefer sei der Boden bereits vergiftet.

Bei den Bauarbeiten können die Giftstoffe aufgewühlt werden und die Meeresfrüchte vergiften, die den Menschen als Nahrung dienen.

Der Bau der Gaspipeline auf dem Ostseeboden, unter Umgehung des unberechenbaren Transitlandes Ukraine, hat noch weitere Hürden zu nehmen. Die entsprechenden finnischen Umweltbehörden auf Regierungsebene müssen ebenfalls ihre Zustimmung zum Gas-Bauvorhaben des Jahrhunderts in der Ostsee geben.

Die russische Regierung dagegen hat versichert, dass im Projekt alles vorgesehen sei, um die Risiken auf ein Minimum zu reduzieren.

Hierzu zitiert

P & P INTERNATIONAL KARSTEN PARCHMANN IN BERLIN

<http://www.parchmann-international.eu>

NOVOSTI:

MOSKAU, 23. Oktober (Oleg Mitjajew, RIA Novosti).

Nord Stream



Am 20. Oktober kam eine weitere für die Anhänger der Diversifizierung der russischen Gaslieferungen nach Europa erfreuliche Nachricht. Dänemark hat als erstes Land den Bau der Gasleitung Nord Stream durch seine Hoheitsgewässer und seine ausschließliche Wirtschaftszone genehmigt.

Bekanntlich wird Nord-Stream-Pipeline Russland durch die Ostsee mit Deutschland verbinden. Laut Plan soll der erste Abschnitt mit einer Leistung von jährlich 27,5 Milliarden Kubikmeter Gas Ende 2011, der zweite mit ähnlicher Leistung 2012 gebaut werden. Das Projekt wird auf 7,4 Milliarden Euro geschätzt.

Der Projektbetreiber Nord Stream AG gehört zu 51 Prozent dem russischen Gasriesen Gazprom, zu 20 Prozent den deutschen Konzernen E.ON und BASF und zu neun Prozent dem niederländischen Versorger Gasunie. Demnächst könnte sich dem Projekt die französische GdF Suez anschließen.

Jetzt heißt es, die Genehmigung zum Bau der Meeresabschnitte von Nord Stream von Russland und Deutschland sowie von Finnland und Schweden zu erhalten. Diese Prozedur dauert bereits vier Jahre.

Der Projektbetreiber berücksichtigt die Wünsche aller Interessenten. Schon zweimal wurde die Route der Pipeline geändert sowie auf eine Verdichterstation und ein Faserleitkabel verzichtet. Bis Ende dieses Jahres hofft man bei der Nord Stream AG, die Genehmigungen von allen vier übrigen Ländern zu bekommen.

Transitproblem

Wie russische Offizielle erklären, besteht das größte Problem der russisch-ukrainischen Gas-Beziehungen im Monopolanspruch der Ukraine auf den Transit von russischem Gas nach Europa. Gegenwärtig werden etwa 80 Prozent des russischen Exportgases für Europa durch unseren südlichen Nachbarstaat befördert.

Die Regelung des monopolistischen Verhaltens der Ukraine wird selbst nach den bescheidensten Schätzungen mindestens zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen.

Russland wird für den Bau von neuen Rohrleitungen und möglicherweise von Flüssiggaswerken Milliarden Euro verausgaben und es infolge besagter Regelung mit neuen Transitländern zu tun

bekommen. Den Staaten, auf deren Meeresgrund die Nord-Stream-Leitung verlaufen wird, wird es diverse Steuergelder entrichten müssen.

Aber viel wichtiger ist die Tatsache, dass sich die Türkei dank den gemeinsamen Anstrengungen der Europäischen Union und Russlands in ein wichtiges internationales Zentrum des Öl- und Gastransports verwandelt. Das Land wird sich bemühen, aus seiner einzigartigen Transitlage grösstmögliche Vorteile herauszuschlagen.

Als unvermeidliche Folge der Diversifizierung der Gaslieferwege nach Europa wird die Türkei im Öl- und Gasbereich zu einer Transitsupermacht aufsteigen.

Die Regierungschefs Russlands, Italiens und der Türkei haben am 22. Oktober das Gaspipeline-Projekt South Stream erörtert.

Auch wenn nicht alle Einzelheiten der Verhandlungen bekannt werden dürften, ist davon auszugehen, dass South Stream im Ergebnis durch die Türkei verlaufen wird - unter Umgehung Bulgariens. Nur wenige Tage vorher, am 20. Oktober, hatte Dänemark als erstes Land den Bau der Gaspipeline Nord Stream in seinen Hoheitsgewässern bewilligt. Die Diversifizierung der russischen Gaslieferungen nimmt Gestalt an.

Energielieferungen: Türkei auf dem Weg zur Transitsupermacht

South Stream



Das South-Stream-Projekt sieht Gaslieferungen aus Russland über eine Pipeline durch das Schwarze Meer nach Südeuropa vor. Seine Hauptvertragspartner sind der russische Gasriese Gazprom und der italienische Konzern Eni. Die Gespräche in St. Petersburg werden nun vermutlich dazu führen, dass der Schwarzmeer-Abschnitt von South Stream nicht wie bisher vorgesehen von Russland zur bulgarischen, sondern zur türkischen Küste verlaufen wird.

Anschließend soll sich die Pipeline teilen: mit einer Abzweigung über Griechenland durch die Adria nach Italien sowie einer weiteren durch Griechenland, Serbien und Ungarn bis nach Österreich. Die geplante Maximalkapazität des Gastransportsystems beträgt 63 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Der erste Teilabschnitt soll bis Ende 2015 in Betrieb gehen. Die Gesamtinvestitionen in das Projekt werden auf acht bis 25 Milliarden Euro geschätzt.

Bei dem Arbeitstreffen am 22. Oktober in St. Petersburg bescheinigten Russlands Premier Wladimir Putin und sein italienischer Amtskollege Silvio Berlusconi South Stream eine „positive Dynamik“. Der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan war über eine Videobrücke zugeschaltet.

Im Vorfeld der Beratungen hatte der türkische Wirtschaftsminister Taner Yildiz am 19. Oktober in Mailand erklärt, er habe Vizepremier Igor Setschin, der in der russischen Regierung für die Brennstoff- und Energieindustrie zuständig ist, alle erforderlichen Genehmigungen zum Bau der Pipeline in der Türkei übergeben.

Aus Sicht der Türken handelt es sich dabei um eine Gegenleistung für Russlands Beteiligung am Bau der Ölleitung Samsun-Ceyhan von der türkischen Schwarzmeer- zur Mittelmeerküste.

Für Russlands Energiepolitik zeichnet sich damit die wohl größte Wende in der jüngsten Zeit ab. Bislang hatte Russland in der Region auf Bulgarien gesetzt, an dessen Küste der Schwarzmeer-Abschnitt von South Stream „andocken“ sollte. Zudem war zwischen Russland und Bulgarien lange Zeit eine Ölpipeline vom bulgarischen Burgas bis zum griechischen Alexandroupolis im

Gespräch. Sie sollte den Weg für russisches Erdöl unter Umgehung der überlasteten türkischen Meerengen Bosphorus und Dardanellen öffnen.

Doch die neue, prowestliche Regierung Bulgariens hat sämtliche Zusagen im Energiebereich auf den Prüfstand gestellt und ihre Teilnahme am Nabucco-Pipelineprojekt angekündigt, mit dem nicht-russisches Gas nach Europa transportiert werden soll. Bei South Stream reklamieren die Bulgaren zusätzliche Rechte für sich. Darüber hinaus will die bulgarische Regierung die Bedingungen für den Bau der Ölroute Burgas-Alexandroupolis neu bewerten.

Vor diesem Hintergrund hat Russland, um keine Zeit zu verlieren, South Stream auf die Türkei ausgerichtet und den Bau der Ölleitung Samsun-Ceyhan, an dem sich auch die italienische Eni beteiligt, unterstützt. Über diesen letzteren Schritt der russischen Seite freute sich die türkische Seite sehr: Ohne russisches Erdöl würde das Samsun-Ceyhan-Rohr nicht ausgelastet sein. Russland seinerseits hat der Türkei sogar versprochen, in Ceyhan eine Ölraffinerie zu bauen.

Es ist natürlich sehr schade, dass der gemeinsame russisch-bulgarische Bau der Ölpipeline Burgas-Alexandroupolis wohl nicht zustande kommt (übrigens heißt sie schon seit langem Phantom-Rohr). Aber so sind nun einmal die harten Gesetze der Energiepolitik.

Am 20. Oktober bestätigte Russland seine Absicht, sich nicht auf die Verlegung von South Stream nur in Richtung Türkei, Griechenland und Italien zu beschränken. Die zweite Abzweigung dieser zum Balkan führenden Gasleitung wird ebenfalls gebaut werden.

Beim russisch-serbischen Gipfeltreffen in Belgrad berichtete Gazprom-Chef Alexej Miller über die Unterzeichnung eines Protokolls, das den Bau eines serbischen Abschnitts von South Stream und der entsprechenden Infrastruktur vorsieht. Im Ergebnis wird sich Serbien zu einem großen Gastransportknoten auf dem Balkan entwickeln.

Lettland

Nicht verbrauchte Emissionsrechte sollen Lettland im Jahre 2010 110 Millionen Euro Gewinn bringen



Dieser Punkt hatte zu einem handfesten EU-internen Streit geführt in der Vorbereitung der EU-Position vor der Kopenhagener Weltklimakonferenz (Bild links) vom 7. – 18. Dezember 2009. Gegen eine Mehrheit von EU-Staaten und gegen den Willen der EU-Kommission hatten Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Litauen und Lettland gefordert, dass "Guthaben" von CO₂-Verschmutzungsrechten aus der laufenden Kyoto-Periode (2008 bis 2012) auch nach 2013 übertragen und weiterverkauft werden dürfen. Der Punkt wurde bis zur

Kopenhagener Konferenz ausgeklammert. Die EU-Umweltminister hielten lediglich fest, dass ein Guthaben von zugeteilten Emissionseinheiten "die Umweltintegrität eines Kopenhagener Abkommens beeinträchtigen kann". Wegen des Zusammenbruchs der Schwerindustrie nach der politischen Wende in Osteuropa haben vor allem die Mittel- und Osteuropäischen EU-Staaten sowie Russland und die Ukraine Emissions-"Überschüsse", die sie nach dem Kyoto-Protokoll international handeln dürfen.

Die Lettische Regierung hat am vergangenen Montag einen mittelfristigen makroökonomischen Entwicklungsplan verabschiedet, in dem vorgesehen ist, dass durch den Verkauf von Nichtverbrauchten Treibhausgasemissionen im Jahr 2010 ein Gewinn von 110 Millionen Euro anfallen sollte. Im Jahre 2011 sollte eine ähnliche Summe anfallen.

Dieses Jahr erwartet die Regierung einen Gewinn in Treibhausgasemissionen von 128 Millionen Euros. Litauen hat seine Emissionseinheiten an Holland, Österreich und Spanien verkauft. Dieser Gewinn wird in Massnahmen gesteckt, um die nachteiligen Effekte von CO2 Abgasen zu mildern.

Der Lettische Premierminister Valdis Dombrovski traf seine skandinavischen und baltischen Kollegen in Stockholm



Im Rahmen des NB8 Gipfels traf sich Dombrovski mit den Ministerpräsidenten der baltischen und skandinavischen Staaten. Dabei ging es um regionale und internationale Themen. Für Lettland stand die ökonomische Situation in der Region an oberster Stelle. Dombrovski konnte auf Daten hinweisen, die eine ökonomische Erholung Lettlands anzeigen.

Der estnische Premier Andrus Ansip, und Andrius Kubilius, Ministerpräsident von Litauen, sprachen anerkennende Worte für Lettlands Anstrengungen aus und riefen die nordischen Länder dazu auf, ihre Unterstützung Lettlands fortzusetzen. Frederik Reinfeldt, Ministerpräsident von Schweden, anerkannte die Entscheidungen, welches Lettland fällte, insbesondere die Budgetkonsolidierung von 700 Millionen Euros für das Budget von 2010. Themen bezüglich der kommenden Weltklimakonferenz wurden ebenfalls behandelt. Dombrovski unterstrich Lettlands Position, dass die Finanzierungsfrage aufgrund von zwei Prinzipien gelöst werden sollte: dem Reichtum des Landes und der Höhe seiner Emissionen. Die Europäische Kommission wird sich mit diesem Thema am 29. und 30. Oktober befassen.

In Bezug auf die gegenwärtigen Energiefragen in der Region, wurden Anzeichen für einen gemeinsamen Energiemarkt diskutiert. Dies ist eine der höchsten Prioritäten im Zusammenhang mit der regionalen Kooperation. Die Ministerpräsidenten unterstrichen die Wichtigkeit der Diversifizierung der Energiesicherheit und der Energiequellen.

Die lettische Regierung verabschiedet ein Gesetz zur Vereinheitlichung der öffentlichen Verwaltung



Die lettische Regierung möchte ein einheitliches Gehaltssystem für die öffentliche Verwaltung einführen. Das einheitliche System für Führungskräfte und Angestellte in zentralen und lokalen Regierungsinstitutionen ist nötig, um das Gehaltssystem transparent zu machen und alle Verordnungen bezüglich Gehältern und Sozialleistungen des öffentlichen Sektors unter einen Hut zu bringen. Im gleichen Zuge werden die Gehälter an die ökonomische Situation angepasst. Für das

nächste Jahr wird die Kalkulation der Gehälter im öffentlichen Sektor auf dem durchschnittlichen Monatsgehalt im lettischen öffentlichen Sektor der ersten Hälfte von 2009 basieren, was 471 Lats (670 Euro) entspricht. Ebenso wird die Regel eingeführt, dass niemand ein höheres Gehalt haben kann als der Ministerpräsident, welcher 2.690 Euro verdient.

Der Gesetzesvorschlag muss noch vom Parlament abgesegnet werden. Das lettische Finanzministerium hat verlauten lassen, dass diese neuen Regelungen drastische Kürzungen für unabhängige Institutionen bedeuten werde. Beispielsweise wird das Salär des Vorsitzenden des Verfassungsgerichtshofes von gegenwärtig 3.600 Euro auf jenes des Premierministers gekürzt. Dem Vorsitzenden des obersten Gerichtshofes ergeht es ähnlich. Der

Generalstaatsanwalt wird von 3.505 Euro auf 2.600 Euro abfallen. Der Ombudsmann wird sein Salär von 3.870 Euro auf 2.050 Euro reduziert sehen, also eine Kürzung von beinahe 50 %.

Das BIP Lettlands werde erst im Jahre 2015 das Niveau von 2007 wieder erreichen



Wirtschaftsminister Artis Kampars (links im Bild) sagte bei einem Treffen des parlamentarischen Ausschusses für soziale Angelegenheiten, dass das lettische BIP sehr wahrscheinlich im Jahre 2015 auf das Niveau von 2007 kommen werde. Der Minister gab zu, dass die lettische Wirtschaft sich nicht ganz so schnell erholt, wie man sich erhoffen würde, aber sie sei auf jeden Fall auf dem richtigen Weg. Kampars hob ebenfalls hervor, dass die Letten nicht mehr der Spitzenreiter beim Schrumpfen des BIP seien.

Zudem sei es das Ziel seiner Regierung, das öffentliche Defizit im nächsten Jahr bei gerade mal 8 % zu halten, was ein gutes Resultat sei, wenn man zum Beispiel den Blick auf Litauen richte, das mit einem Defizit von 14 % für das Jahr 2010 rechne. „Lettland wird demnach weniger Geld aufnehmen müssen und weniger Zinslasten tragen. Die Abnahme des Binnenmarktes könnte mit dem Erweitern des Exportmarktes kompensiert werden, weswegen es notwendig ist, den Export zu fördern. Ebenso ist es wichtig Lettlands Ruf als stabiler Geschäftspartner zu verbessern, um die Kreditvergabe wieder anzukurbeln. Spekulationen über eine Abwertung des Lat müssen ein Ende haben. Auf diese Weise kann Lettlands Kredit-Rating wieder erstarben“, meinte Artis weiter.

Die gelungene Ente: Gezinkter Meteoriteneinschlag in Lettland



Der lettische Mobilfunkanbieter TELE2 hat einen Monat lang an der Inszenierung des Meteoriteneinschlages, der sich vergangenes Wochenende in der lettischen Provinz ereignet haben sollte, gearbeitet.

Das hat Janis Spogis, der Marketing-Chef von "Tele2", der staatlichen Zeitung "Chas" gesagt. Meldungen über den angeblich auf einem Feld in der lettischen Provinz eingeschlagenen Meteoriten wurde zur Hauptnachricht dieser Tage sowohl in der nationalen als auch in der internationalen Presse.

Im Internet tauchten Videoaufnahmen auf, auf denen ein Krater mit etwa 20 Metern Durchmesser und 10 Metern Tiefe zu sehen war. Polizisten, Feuerwehrleute, bewaffnete Kräfte, Wissenschaftler aus Lettland und Estland sind umgehend vor Ort gewesen.

Danach stellten die Fachleute fest, dass der Meteoriteneinschlag eine Fälschung sei und der Krater von Menschen ausgehoben worden sei.

Nachdem die Innenministerin Lettlands Linda Murniece sagte, dass die Organisatoren für diesen Scherz büßen würden, gestand die Leitung des Mobilfunks TELE2, dass die Inszenierung ihre PR-Aktion war.

Laut Spogis bereitete die Aktion ein kleines Team vor, ansonsten wäre es kompliziert gewesen, alles geheim zu halten. "Wir haben selbst alles ausgedacht, den Ort ausgewählt, die Grube gegraben... Mit dem Spaten die Grube zu graben, war ehrlich gesagt keine leichte Sache", wurden die Worte von Spogis von der Zeitung "Chas" zitiert.

Spogis zufolge wurde ganz bewusst ein von der Hauptstadt entfernter Ort ausgesucht, damit mehr Leute daran glauben und dahin strömen, um alles mit eigenen Augen zu sehen.

TELE2 hatte laut Spogis ein ganz einfaches Ziel mit diesem "Kosmos-Projekt" verfolgt: die Organisatoren wollten, dass sich die Menschen wenigstens für einen Tag wieder daran erinnern, dass im Leben viel Lustiges und Unerwartetes passiert.

"Natürlich erwies sich die Geschichte mit dem Meteoriten nicht nur als amüsan. Einige Menschen haben es uns übel genommen, wie ein Kind es übel nimmt, das an das Märchen von Santa Claus glaubt und plötzlich in ihm seinen eigenen Vater erkennt. Wir entschuldigen uns bei allen aufrichtig dafür", sagte Spogis.

Die Innenministerin nannte die Inszenierung des Meteoriteneinschlages "einen zynischen Scherz". Und das Innenministerium beschloss am Dienstag den Vertrag mit TELE2 zu lösen. Der Mobilfunkanbieter versprach, dem Staat den Schaden von umgerechnet 26000 Dollar zu ersetzen.

Litauen

- Neben Polen und Rumänien hatte der US-Geheimdienst CIA auch in Litauen ein Geheimgefängnis.
- Die Hinweise dafür werden konkreter.
- Der litauische Parlamentsausschuss ermittelt.



Gerüchte um ein geheimes CIA-Gefängnis verdichten sich. Der US-Sender ABC veröffentlichte am Mittwoch Flugdaten von zwei der als "Guantanamo-Express"-Flieger berüchtigten Maschinen aus den Jahren 2004 und 2005, die darauf hinweisen sollen, dass gefangene Terrorverdächtige von und nach Vilnius transportiert wurden. Der Sicherheitsausschuss des Parlaments in Vilnius stellte daraufhin am Donnerstag eine entsprechende Anfrage an die litauische Luftverkehrsbehörde.

Der Ausschussvorsitzende Arvydas Anusauskas sagte gegenüber der baltischen Nachrichtenagentur BNS, bisher habe man von der Behörde keine derartigen Daten erhalten. Staatspräsidentin Dalia Grybauskaitė hatte davor erneut eine Aufklärung der bereits im August aufgetauchten Vorwürfe verlangt und bekräftigt, Litauen und auch die USA müssten Verantwortung übernehmen und sich international dafür entschuldigen, falls die Informationen richtig seien.

Ausserdem kündigte Grybauskaitė an, dass sie bis zur Klärung der Angelegenheit die Aufnahme von entlassenen Gefangenen der US-Basis Guantanamo blockieren werde. Der Präsidentin zufolge haben die USA ihre diesbezügliche Anfrage unterdessen ihrerseits auf Eis gelegt. Litauen hatte sich im Frühjahr zunächst zur Aufnahme von zwei Guantanamo-Insassen prinzipiell bereiterklärt.

Die litauische Staats- und Regierungsspitze in der Zeit des angeblichen Bestehens des Geheimgefängnisses, Ex-Präsident Valdas Adamkus und Ex-Ministerpräsident Algirdas Brazauskas haben die Existenz eines CIA-Gefängnisses in Litauen bisher vehement bestritten. Nach Medienberichten soll es sich rund dreißig Kilometer südlich von Vilnius in einem Waldgebiet befunden haben. In den vergangenen Jahren haben litauische Spezialeinheiten den Gebäudekomplex benützt. Die lokale Bevölkerung zwischen Vilnius und Nemencine erinnert sich noch an die Amerikaner, die unter starker Bewachung hier für einige Jahre bis 2006 gelebt haben und 8 Al-Kaida Verdächtige hier festhielten. In einem Interview mit dem kommerziellen Sender LNK sagte ein Bewohner dieser Gegend, dass die Gebäude zuerst allein von Amerikanern geleitet wurden und später an die litauischen Behörden übergeben worden seien. .

Das Defizit von Litauens Sozialversicherung erreicht 792 Millionen Euro



Das Defizit der finanziell gebeutelten litauischen Sozialversicherung Sodra, wird im Jahre 2009 792 Millionen Euro erreichen - dies gemäss den Voraussagen des Direktors von Sodra, Mindaugas Mikaila. Der baltischen Nachrichtenagentur BNS sagte er: "Ich kann keine Garantien abgeben, aber aufgrund unserer Vorausplanung brauchen wir keine weiteren Darlehen mehr von der Regierung in diesem Jahr." Die litauische Regierung hat in diesem Jahr bereits 549 Millionen Euro an Sodra ausgeliehen. Im nächsten Jahr könnte das Defizit von Sodra auf 680 Millionen Euros reduziert werden, falls das Parlament der Erhöhung der Beitragszahlungen zustimmt sowie den Massnahmen um die Ausgaben zu kürzen.

Litauens Erwerbslosenrate dürfte bis Frühjahr auf 20 % anwachsen



Die Arbeitslosigkeit soll im Februar oder März nächsten Jahres ein Rekordhoch von 20 % erreichen. Gemäss Rimantas Rudzkis, dem Chefanalysten der DnB Nord Bankas (links im Bild). „Der saisonale Höhepunkt (der Arbeitslosigkeit) fällt immer im Februar oder März an. Wir gehen von einer Quote von 20 % aus, was ein Rekord darstellt in der Geschichte Litauens. Die höchste Rate bislang war im Jahre 2001 mit 17, % zu verzeichnen“ sagte Rudzkis während einer Geschäftskonferenz in Vilnius. Der Analyst fügte hinzu, dass mehrere Zehntausend Arbeitslose noch zu den offiziellen Zahlen des litauischen Arbeitsamts hinzugefügt werden sollten, um die reale Situation auf dem Arbeitsmarkt wiederzugeben. „Wir gehen davon aus, dass etwa 260.000 Menschen nach Arbeit suchen. Demnach liegt die Arbeitslosenquote bereits jetzt bei 16 %“. Gemäss dem litauischen Arbeitsamt bewegt sich die offizielle Quote per 1. Oktober lediglich 10.3 %.

Litauens Regierung gibt dem Ost-West Korridor den Status von nationaler Bedeutung



Am 19. Oktober ist in der litauischen Hauptstadt Vilnius ein Übereinkommen über die Bildung des Transportkorridors „Ost-West“, der Litauen, Belarus, Russland, Kasachstan und China verbinden soll, unterzeichnet worden. Dieses Dokument bestätigten die Transportminister von Belarus, Litauen und China durch ihre Unterschriften. Die Minister glauben, dass der Transportkorridor zwischen Europa und Asien eine sehr wichtige Initiative sei. Gut möglich, dass sich diesem Projekt auch Russland und Kasachstan anschließen. Der Korridor soll eine gute Alternative zum Wasserweg sein, auf dem Güter aus China und anderen asiatischen Staaten nach Europa befördert werden. Darüber hinaus sei Transport auf dem Landweg bedeutend billiger und schneller.

Die drei Staaten planen, einen Containerzug wie die „Wiking“ verkehren zu lassen.

Die Haupttransportader Litauens, der Hafen von Klaipeda mit seiner Infrastruktur, die Eisenbahnlinie und die Autobahn Vilnius-Kaunas-Klaipeda wurden in den Status von nationaler Bedeutung erhoben. Dieser neue Status würde der Regierung es ermöglichen, den Ost-West Korridor als ein nationales Projekt zu entwickeln, sagte Andrius Kubilius, der Ministerpräsident

von Litauen. Gemäss Kubilius würde dieser Transport Korridor, der in China oder Kasachstan starten kann, für eine ganze Reihe von Ländern wichtig sein. Er würde die Transportdauer von etwa 40 Tagen auf 12 – 15 Tage reduzieren. „Obwohl Litauen bloss für einen kleinen Abschnitt des Korridors zuständig ist, ist er dennoch wichtig, denn hier endet der Landweg und beginnt der Wasserweg“, sagte Transportminister Eligijus Masiulis den Reportern. Der Ost-West Korridor würde ebenfalls öffentliche logistische Zentren einschliessen, die bereits geplant sind und in Vilnius, Kaunas und Klaipeda gebaut würden

Baltischer Dialog Berlin meldet:

Lettlands Ex-Staatschefin Kandidatin für das Amt des EU-Ratspräsidenten Riga kündigt Nominierung von Vike-Freiberga an Doch in den westlichen Medien kommt dieser Name kaum vor

Lettland will Ex-Staatschefin Vaira Vike-Freiberga ins Rennen um den neuen Posten des ständigen EU-Ratspräsidenten schicken. Ministerpräsident Valdis Dombrovskis werde in Brüssel die frühere lettische Präsidentin für das Amt vorschlagen, sagte Regierungssprecherin Liga Krapane am Mittwoch in Riga der Nachrichtenagentur AFP. Vike-Freiberga war von 1999 bis 2007 Präsidentin und hatte die frühere Sowjetrepublik 2004 in die NATO und in die EU geführt. Mit ihrer resoluten Art und ihrer Unterstützung für die Militäroperationen der USA in Afghanistan und im Irak verschaffte sie sich den Ruf einer Eisernen Lady. Die 71-Jährige gehört keiner Partei an, gilt aber als Politikerin der Mitte.



Vike-Freiberga war am Ende des Zweiten Weltkriegs mit ihrer Familie aus Lettland geflohen und lebte lange im Ausland, unter anderem in Deutschland und in Kanada, wo sie als Psychologie-Professorin in Montreal Karriere machte. Außer ihrer Muttersprache spricht sie Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Erst 1998 kehrte sie nach Lettland zurück und gab ihre kanadische Staatsbürgerschaft auf, um für das Präsidentenamt kandidieren zu können. Nach dem Ausscheiden aus dem Amt wurde Vike-Freiberga die stellvertretende Vorsitzende einer Reflexionsgruppe der EU, die sich mit der langfristigen Zukunft der Staatengemeinschaft befasst.

Als Kandidaten für das Amt des ständigen EU-Ratspräsidenten, das durch den Lissabon-Vertrag geschaffen werden soll, werden bekanntlich der frühere britische Premierminister Tony Blair, der luxemburgische Regierungschef Jean-Claude Juncker, der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende und die frühere irische Präsidentin Mary Robinson gehandelt. Die Personalfrage sollte während dem gestern begonnenen EU-Gipfel in Brüssel gelöst werden.

QUELLE:

<http://derstandard.at/fs/1256743549185/Lettlands-Ex-Staatschefin-Kandidatin-fuer-Amt-des-EU-Ratspraesidenten>

KULTUR

Der Schweizer Lesesaal in der Tallinner Nationalbibliothek führt am 10. November eine interessante Diskussion über die Schweiz durch, welche von zwei estnischen Journalisten bestritten wird:

AM DIENSTAG, DEN 10. NOVEMBER UM 17 UHR
im kleinen Konferenzsaal
EINE WISSENSCHAFTLICH-KULTURELLE BEGEGNUNG

Die eigenwillige HELVETIA

diskutiert wird von
INDREK TREUFELDT und PRIIT ENNET
Journalisten des Estnischen Rundfunks,
Stipendiaten des Forums Ost-West

Die Veranstaltung ist in der estnischen Sprache
Eintritt frei!
Information und Anmeldung:
Schweizer Lesesaal, Tel. 630 7404, E-Mail: shveits@nlib.ee

Die wissenschaftlich-kulturelle Begegnung wird gefördert von
DER SCHWEIZERISCHEN BOTSCHAFT IN HELSINKI

Herzlich willkommen!



Schweizer Kulturkalender für Lettland 2009

(Stand 28.10.2009)

Datum / Zeit	Ort	Anlass	Schweizer Beteiligung	Bemerkungen
5.11.-31.12.2009 Eröffnung: 5.11.2009, 17h00	Riga Akademische Bibliothek Rupniecibas iela 10	Ausstellung „Farbenwelt 2009“	Erich J. Grübel	www.acadlib.lv
4.11.-22.11.2009	Daugavpils Zentralbibliothek der Latgale Region Rigas iela 22 A	Francophonie 2009 Ausstellung „Un siècle de bande dessinée francophone“	Francophonie 2009 Ausstellung „Un siècle de bande dessinée francophone“	www.lcb.lv
31.10.2009 18h00	Riga Bar „Greenwood“ Kramu iela 3 (bei Galerie Supernova)	Q&A Event „We Do Worry“ im Rahmen der Ausstellung „Why We Worry“	Ivo Gretener Sebastien Verdon Sandino Scheidegger Luca Müller	Unterstützung Pro Helvetia www.neuegalerie.ch www.super-nova.lv
31.10.-27.11.2009 Eröffnung: 30.10.2009, 18h00	Riga Galerie „Supernova“ Kramu iela 3	Ausstellung „Why We Worry“	Ivo Gretener, Alain Jenzer, Juliana Irene Smith und Sebastien Verdon	Unterstützung Pro Helvetia www.neuegalerie.ch www.super-nova.lv
1.10.-26.10.2009	Riga Galerie „Supernova“ Kramu iela 3	Ausstellung „Good Cop/Bad Cop“	Edgars Gluhovs (CH/LV)	www.super-nova.lv
16.10.2009	Riga „Arsenals“ Torna iela 1	Abschluss des Filmprojekts „Wie wird man ein Lette“ mit Jurierung	Ruedi Schorno	www.kaklutparlatvieti.lv www.lcca.lv
15.10.2009	Riga Latvian Society House Merkela iela 13	Konzert „So distant...yet near“ Streichquartett „Sensus“	Werke von Arthur Honegger, Michel Hostettler und Peteris Vasks	Der Komponist Michel Hostettler wird am Konzert anwesend sein
8.10.-10.10.2009	Riga Spikeri, Maskavas 12/1; 11. Nov.krastmala 35	Energy, Art + Communication 2009 XI International festival for new media culture	Vera Bühlmann Ludger Hovestadt	www.rixc.lv www.ethz.ch
7.10.2009	Riga Galerie „Supernova“ Kramu iela 3	Performance „it sounds like Rita“	Schweizerische Performance Künstlerinnen	www.myspace.com/itsoundslikerita www.e-text-textiles.lv www.ethz.ch
6.10.2009	Riga Riga Art Space Kungu iela 3	„Schweizer Architekten im Dialog“ Öffentlicher Vortrag von S.Camenzind „Emotional Architecture“	Stefan Camenzind Daniel Gerber Claudia Schwalfenberg	www.artspace.riga.lv www.camenzindevolution.com www.pilsetasarhitekts.riga.lv



**Das Schweizer Lesezimmer, die Akademische Bibliothek der Universität Lettlands und
die Botschaft der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Lettland**

laden Sie herzlich ein

**zur Eröffnung der Ausstellung des Malers und
Buchautors („Eine Sandburg in Lettland“) Erich J. Grübel**

Farbenwelt 2009

**am Donnerstag, 5. November 2009 um 17.00 Uhr
im Konferenzsaal der Akademischen Bibliothek der Universität Lettlands
Riga, Rūpniecības iela 10
Veranstaltungssprachen: Deutsch und Lettisch**

**Begrüssung in der Akademischen Bibliothek Lettland:
Direktorin der Akademischen Bibliothek der Universität
Lettlands, Frau Dr. Venta Kocere
Botschaftsrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herr Urs Bühler**



NAVITROLLAS TIERLEBEN

**Die BaltArt Galerie Langenthal (Schweiz)
zeigt neue Werke des estnischen Künstlers**

6. bis 22. November 2009

Navitrolla

Ort: «Nyffeler Keller» (vis-à-vis Stadttheater)
Käsereistrasse 2, 4900 Langenthal/BE Schweiz

Vernissage: Freitag, 6. November 2009, 19 Uhr
Finissage: Sonntag, 22. November 2009, ab 14 Uhr

Öffnungszeiten:

Donnerstag und Freitag von 19 bis 21.30 Uhr
Samstag und Sonntag von 14 bis 17 Uhr

www.baltart.ch

BaltArt GmbH
Switzerland



www.navitrolla.ee

Und in Berlin am Donnerstag, 29.10.2009 18:00

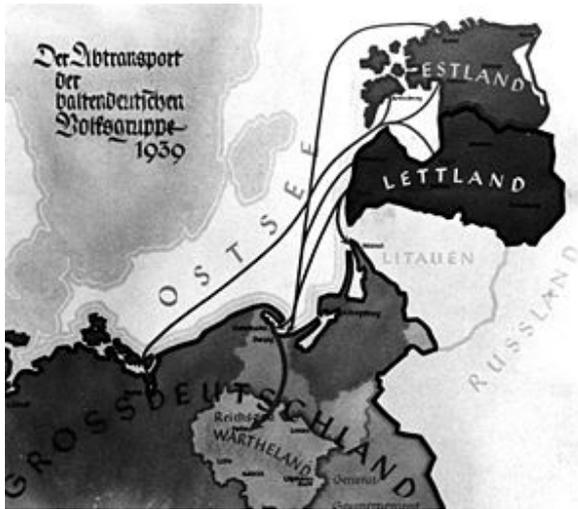
FORUM

Umsiedlung | Ansiedlung | Flucht

c/o Landesvertretung Baden-Württemberg

Tiergartenstr. 15

10785 Berlin



Umsiedlung der Deutschbalten aus Estland und Lettland 1939-1941

Vorträge und Podiumsdiskussion mit:
Helena Dimkuva, Detlef Henning, Eckart Herold
und Toomas Hiio | Moderation: Dr. Jasper von
Altenbockum

Eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums
östliches Europa in Kooperation mit dem
Nordost-Institut - Institut für Kultur und
Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V.
Lüneburg

Vor 70 Jahren, im Oktober 1939, begann die
Umsiedlung der Deutschbalten aus Estland und
Lettland. Im Januar 1940 hatten die meisten von

ihnen ihre Heimat verlassen. Damit endete die rund 750-jährige Geschichte dieser deutschen Minderheit, die über Jahrhunderte entscheidend die Kultur der baltischen Region geprägt hatte.

Vorausgegangen war die Unterzeichnung des Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes - auch Hitler-Stalin-Pakt genannt - im August 1939. In dessen geheimen Zusatzprotokollen wurde Ostmitteleuropa in Interessensphären zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilt. Im Juni 1940 okkupierte die Sowjetunion die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Zahlreiche Einwohner fielen dem stalinistischen Terror zum Opfer oder wurden deportiert.

Die Deutschbalten wurden in der Region um Posen und in Westpreußen angesiedelt. Von dort flüchteten sie bei Kriegsende nach Westen bzw. wurde vertrieben.

Die Veranstaltung will aus der Sicht der Deutschen, Esten und Letten an die Umsiedlung erinnern und einen Ausblick auf den gemeinsamen Umgang mit der Geschichte und dem kulturellen Erbe heute geben.

Programm

Begrüßung:

Dr. Doris Lemmermeier | Deutsches Kulturforum östliches Europa Dr. Andreas Lawaty | Nordost-Institut ? Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa

Grussworte:

Botschaft der Republik Estland

Botschaft der Republik Lettland

Vorträge:

Die Umsiedlung der Deutschbalten aus Estland und Lettland 1939-1941 Detlef Henning M. A. | Nordost-Institut, Lüneburg

Die deutsche Minderheit und der Untergang der Republiken Estland und Lettland 1939-1941 Prof. Dr. Helcna Dimkuva | Riga

Podiumsdiskussion:

Die Bedeutung der Deutschbalten und ihrer Geschichte für die Beziehungen zwischen Deutschland und den Staaten Estland und Lettland heute

Personen:

Detlef Henning M. A., Historiker mit Schwerpunkt auf osteuropäischer und baltischer Geschichte, Studium an der Universität in Münster, 1992-2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Geschäftsführer am Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung (Göttingen), seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordost-Institut.

Prof. Dr. hist. Helcna Dimkuva, Proféssorin an der Hochschule für Seefahrt in Riga, Dissertation und verschiedene Forschungsprojekte zur deutschbaltischen Geschichte in Lettland in der Zwischenkriegszeit. Mitarbeit an der mehrbändigen Geschichte Lettlands im 20. Jh., hrg. vom Institut für Geschichte Lettlands an der Universität Lettlands.

Toomas Hiio, stellvertretender Direktor des Estnischen Kriegsmuseums - General Laidoner Museums, Studium der Geschichte an den Universitäten Tartu und Helsinki, Mitarbeit an verschiedenen Forschungsprojekten an der Universität Tartu, 1998-2003 Referent des Staatspräsidenten, 1998-2009 vollziehender Sekretär der Estnischen Internationalen Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Eckart Herold, Botschafter a.D., Studium der Rechtswissenschaft, der französischen Literatur und Landeskunde in Würzburg und Caen/Frankreich sowie Studium an der Ecole Nationale d'Administration in Paris, seit 1972 im auswärtigen Dienst, 2001-2005 Botschafter in Riga.

Moderation:

Dr. Jasper von Altenbockum, seit 1989 Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, politische Redaktion, Studium der Geschichte und Germanistik in Tübingen, Berlin und Münster, Master of Arts in Politik, Geschichte und Vergleichender Literaturwissenschaft an der Washington University in St. Louis, Promotion an der Universität Münster.

Weitere Informationen: Dr. Claudia Tutsch Telefon 0331 2009814 tutsch@kulturforum.info